



Benedikt Sauer
benedikt.sauer@tt.com

Diskriminierung Anno Neun

Die Ablehnung, also Streichung von 7000 (siebentausend) Euro Subvention für das Innsbrucker Autonome FrauenLesbenZentrum durch das Land ist ein diskriminierender Akt. Nichts anderes. Es ist ein Regierungsakt, der einen Freiraum nach 25 Jahren bedroht, Grundrechten und Leitlinien des Landes widerspricht.

Öffentlich behauptet Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf (ÖVP), dass dieses Subventionchen aus Budgetnot gestrichen werde, nun in der Krise. Wenn sie glauben würde, was sie sagt, hätte die Landesrätin für Wirtschaft und Frauen ihre Kompetenz für beide Ressorts, für die sie zuständig ist, mit einem Schlag untergraben. Wegen einer Summe, die 0,08 Prozent der jüngsten Erhöhung des Kulturbudgets oder 0,0016 Prozent des Sozialbudgets ausmacht, soll ein Raum für Frauen, heterosexuelle wie Lesben, verschwinden, eine Einrichtung, die auch Beratungen bietet und spannende Kulturarbeit – mit Lesungen namhafter Autorinnen und Wissenschaftlerinnen – leistet?

Den kleinen Landestopf für „Frauenförderung“ (278.000 €) hat Tirols Regierung nicht erhöht und damit gezeigt, wo die Prioritäten nicht liegen. Es gibt kein geschlechtergerechtes Landesbudget. Hier hätte die Frauenlandesrätin Handlungsbedarf.

Aber ums Budget geht es in dieser Causa nicht. Intern wurde Klartext geredet, den Frauen des Zentrums ein unmoralisches Angebot unterbreitet: Sie sollen doch auf die Bezeichnungen „autonom“ und „lesbisch“ verzichten und erneut ansuchen. Das Land nützt also ungeschminkt die Wirtschaftskrise als Vorwand für Diskriminierung. Im Gegensatz zur Stadt Innsbruck: Die Bürgermeisterin hält an ihrer Unterstützung wie erwartet fest.

Es gibt keinen Anspruch auf Subventionen. Aber es gibt politische Zielsetzungen und Verpflichtungen (auch europäische). Tirol will, laut Landes-Homepage, Frauen „ermächtigen, damit sie ihre vielfältigen Lebensentwürfe entfalten können.“ Zudem sieht das Tiroler Antidiskriminierungsgesetz (2005) – das sich an einer EU-Richtlinie orientiert – Maßnahmen vor, um „Benachteiligungen von Personen aufgrund des Geschlechtes, der Religion, Behinderung oder sexuellen Orientierung, zu verhindern oder auszugleichen.“

Die Landesrätin für Frauen und ihre Partei können an dieser kleinen Subvention zeigen, wie ernst sie es meinen mit den Grundrechten, europäischen Richtlinien und einem Tiroler Gesetz.

Benedikt Sauer ist Literaturwissenschaftler. Er arbeitet als Buchautor und freier Journalist u.a. für den RAI-Sender Bozen.